

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2015

Nr. 04 · 11. Jahrgang

DIE LINKE hat's gepackt: „Kaiser's“ kommt

Die Sitzgelegenheiten reichten kaum aus am 20. Februar 2015 im „Haus der Begegnung“ in der Waldstadt II. Kein Wunder, denn es ging um einen „Dauerbrenner“ in

lokaler Umgebung: Die seit einigen Jahren geforderte Kaufhalle in der Straße Zum Teufelssee ist nun endlich in Sicht. Im Juli wird „Kaiser's“ eine Filiale im Erdgeschoss

eines neu erbauten Wohnhauses eröffnen. Eine jahrelange Geschichte kommt nun zu ihrem guten Ende. Und das Wichtigste: DIE LINKE – allen voran der Stadtfraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen

Scharfenberg und eine Bürgerinitiative – haben sich durchgesetzt. Gegen „Bedenkenträger“, gegen schleppende Bearbeitung in der Stadtverwaltung. Und vor allem waren hierbei schon vor dem Eröffnungstermin die zukünftigen Kunden gefragt. Und das im wahrsten Sinne des Wortes. „Kaiser's“ regionale Führungsmannschaft war dazu erschienen, um die Probleme, Anregungen und Wünsche der künftigen Kunden anzuhören. Und Regionalmanager Tobias Tuchlenski, District-Leiterin Britta Ehling und der künftige Kaufhallenleiter Yanis Leitzke nahmen viele der Anregungen in ihre Agenda auf.

(Mehr auf Seite 6)



1. MAI 2015



10.00 Uhr: Demonstration am Platz der Einheit

ab 11.30 Uhr: Familienfest der Partei DIE LINKE auf dem Steubenplatz am Landtag

Wir brauchen fairen Handel statt TTIP

Seit 2013 verhandeln Spitzenbeamte und erlauchte Experten der EU und der US-Regierung im kleinen Kreis über das Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP, das sogenannte „TRANSATLANTIC TRADE AND INVESTMENT PARTNERSHIP“. Mit dem TTIP sollen Gesetze, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Natur schützen, als Handelshemmnis gelten. Das ist ein Anschlag auf mühsam erkämpfte Rechte.

Wie soziale Bewegungen und Gewerkschaften diesseits und jenseits des Atlantiks kritisiert DIE LINKE das TTIP von Anfang an. Wir wehren uns – im Unterschied zu anderen Parteien – klar und konsequent gegen den Ausverkauf unserer demokratischen Rechte und gegen das Schleifen von Gesetzen und Regeln.

Uns geht es vor allem darum, dass

- die intransparenten und geheimen TTIP-Verhandlungen unverzüglich gestoppt werden;
- die Ziele solcher Verhandlungen nicht durch mächtige Unternehmen und deren Lobbyorganisationen bestimmt werden;
- Arbeitnehmerrechte nicht aufgeweicht oder umgangen werden und über diesen



Umweg etwa ein flächendeckender Mindestlohn und/oder soziale Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe als Handelshemmnis gelten und beiseite geräumt werden;

• parlamentarische Entscheidungen für einen guten Verbraucher- und Umweltschutz nicht einfach ausgehebelt werden (etwa ein Verbot von Fracking, Hormonfleisch und gentechnisch veränderten Lebensmitteln);

• es keine Sonderrechte für Konzerne über ein Investitionsschutzabkommen gibt. Wir lehnen Schiedsgerichte ab, die Schadenersatz für entgangenen Gewinn zum Recht erklären könnten, wie dies der Stromkonzern Vattenfall wegen des Atomausstiegs versucht. Wir wollen kein

„Recht“ auf Profit für multinationale Konzerne!

• Finanzmärkte nicht weniger, sondern deutlich stärker und besser reguliert werden;

DIE LINKE will

• klare Regeln beim Datenschutz und gegen Geheimdienste. Die flächendeckende Schnüffelei, das kommerzielle Sammeln

(Fortsetzung auf SEITE 2)



Allen LeserInnen unserer Zeitung „Potsdams andere Seiten“ wünschen wir ein Frohes Osterfest!

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ für den Mai erscheint am Dienstag, 28. April 2015. Den inhaltlichen Schwerpunkt bilden „Mitte/Ortsteile Nord“. Redaktionsschluss ist am 17.04.2015.

(Fortsetzung von Seite 1)

Fairer Handel statt TTIP

und der Verkauf persönlicher Daten sind nicht hinnehmbar;

- eine enge Zusammenarbeit in Steuerfragen, um die legalen Tricks der Steuervermeidung abzubauen und illegale Steuerhinterziehung zu bekämpfen;
- eine strikte Regulierung der Finanzbranche, einen Finanz-TÜV und starken Verbraucherschutz;
- weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern und Unternehmen für ihr Verhalten zur Rechenschaft ziehen;
- hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in der EU und in den USA;
- Waffenexporte verbieten, Kriege beenden und die Entwicklung der Länder des globalen Südens fair und gerecht ermöglichen.

DESHALB VORMERKEN:

Potsdamer protestieren am Sonnabend, 18. April 2015, auf dem Keplerplatz Am Stern gegen TTIP!

Das andere Europa kann Wirklichkeit werden! (Teil II)

Leider fehlen SYRIZA im Parlament zwei Sitze zur absoluten Mehrheit. Die Verfassung verpflichtet zur Regierungsbildung binnen drei Tagen. Die Koalition mit den Nationalkonservativen von ANEL („Unabhängige Griechen“) trübt die Freude über das Ergebnis natürlich. Niemand ist darüber erfreut, auch unsere griechischen GenossInnen nicht. Sie sagen, dass es das „kleinste Übel“ sei, ein taktisches Bündnis „um kurzfristig die wichtigsten Ziele“ zu erreichen – das Ende der Austeritätspolitik, die Bekämpfung der sozialen Not, Neuverhandlungen mit den europäischen Partnern. Es habe keine inhaltlichen Zugeständnisse gegeben. ANEL hatte sich 2012 aus Protest gegen die Austeritätspolitik von den Konservativen um Ex-Ministerpräsident Samaras abgespalten und verfügt kaum über Parteistrukturen. Da sich die Kommunistische Partei KKE jeder Koalition verweigert, wäre die einzige Alternative eine inhaltliche Verwässerung durch eine Koalition mit einer Pro-Austeritäts-/Pro-Memorandumspartei oder Neuwahlen gewesen. Alle sind sich einig, dass sofortige Neuwahlen zu einem verheerenden Rechtsruck führen würden, weil die Linken unfähig waren, eine Regierung zu bilden. Die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“, deren nahezu gesamte Führung wegen Geldwäsche, Mord und organisierter Kriminalität im Gefängnis sitzt, ist zur drittstärksten Partei im Parlament geworden.

Alexis Tsipras und SYRIZA haben drei Signale ausgesendet,

dass sie sich des Risikos der Koalition bewusst sind: Erstens haben sie eine bekannte Menschenrechtsaktivistin aus der No-Border-Bewegung zur (Vize-)Ministerin für Migration ernannt, zweitens haben sie in der ersten Kabinettsitzung migrantInnenfreundliche Beschlüsse gefasst und drittens haben sie einzelne Personalvorschläge von ANEL als inakzeptabel zurückgewiesen. Es gibt erste Hinweise, dass Griechenlands EU-Kommissar, der für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständig ist, ausgetauscht werden soll, mit dem Ziel, mit der rigiden Flüchtlingspolitik der EU zu brechen.

Der bekannte deutsche Migrationsforscher und Flüchtlingsaktivist Bernd Kasparek, der zur Zeit in Athen ist, hält das Vorgehen von SYRIZA für glaubwürdig und formuliert in einem Aufsatz: „Es ist unnötig zu sagen und doch immer wert es zu wiederholen, wie die Bildung dieser neuen Regierung einen radikalen Bruch mit dem Neoliberalismus und der Austeritätspolitik in Europa repräsentiert. Es gibt keine Ga-

rantie, dass die neue Regierung erfolgreich sein wird. Aber ihre bloße Bildung hat bereits einen enormen politischen Raum eröffnet und die sozialen Bewegungen Europas und darüber hinaus sind aufgerufen, diesen historischen Moment an sich zu reißen, diese Räume zu besetzen und mit neuer Kraft wahre Alternativen zu der tristen – sozialen, ökonomischen und politischen – Lage, die noch immer in Europa vorherrschend ist, durchzusetzen.“

Die Hauptauseinandersetzung über ein Ende der Austeritätspolitik wird zunächst zwischen der griechischen und der deutschen Regierung ausgetragen. Das ist ein Grund, warum sich viele deutsche Medien jetzt auf Alexis Tsipras und SYRIZA einschließen. Aber die Kräfteverhältnisse verändern sich weiter. Im Herbst wird in Spanien gewählt und die neue linke Basisbewegung Podemos führt die Umfragen an. Unsere Aufgabe als LINKE in Deutschland ist es, den Protest und die Alternativen zur europäischen Verarmungspolitik auch hierzulande sichtbar zu machen.



Die zweite rot-rote Landesregierung in Brandenburg ist seit mehr als 100 Tagen im Amt. Diesen Anlass wollen wir nutzen, um eine erste Bilanz zu ziehen und Impulse zu geben. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen hat sich das fds Brandenburg nach der Landtagswahl 2014 ausdrücklich für eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung ausgesprochen, und Lob und Bedenken in unserem Papier „Der Brandenburger Koalitionsvertrag aus reformsozialistischer Perspektive“ dargelegt. Dennoch beobachten wir einige politische Tendenzen, die uns Sorge bereiten.

1. Uns scheint, dass die Wahl-niederlage vom 14. September noch nicht ausreichend reflektiert und analysiert worden ist. Die gezogenen Schlussfolgerungen sind noch zu wenig diskutiert und bekannt.
2. Wir brauchen nicht nur ein politisches Leitbild für Brandenburg, sondern auch ein Leitbild für die brandenburgische LINKE. Wissen wir noch, wer wir sind, was unsere Ziele und Werte sind?

Aufruf des fds Brandenburg:

Kein „Weiter so“

3. Das „Weiter so“ müssen wir nach unserer Wahl-niederlage überdenken!

Aus der Sicht des fds muss die eingeforderte Debatte, die klare Analyse, aber auch die strategische Neuausrichtung des Landesverbandes jetzt erfolgen. Die Zeit zwischen den Wahlen ist ein ideales Zeitfenster. Wir haben keine abschließenden Antworten, aber wir denken, dass Folgendes DIE LINKE Brandenburg kennzeichnen sollte:

1. Auch als Volkspartei dürfen wir die Interessen der sozial Schwachen nicht aus den Augen verlieren. Die Auswirkungen unserer Politik auf die Schwächsten unserer Gesellschaft muss immer von uns reflektiert werden.
2. Wir wollen DIE Anti-Ressentiment-Partei sein! Als erste Anlaufstelle für Flüchtlingsinitiativen, Zivilgesellschaft und progressive Bündnisse sollten wir DIE LINKE etablieren.

3. Die wahlkampffreie Zeit nutzen! In den kommenden zwei Jahren sollten wir eine ehrliche Diskussion über das Selbstverständnis innerhalb der Mitgliedschaft führen. Hierbei sind zwei Fragen zentral: „Was erwarten wir selbst von der LINKEN?“ und „Welche Rolle soll DIE LINKE in der Landespolitik spielen?“ Daraus sollte sich ein Leitbild der Partei selbst ableiten.

4. Unsere visuelle Erkennbarkeit im öffentlichen Raum müssen wir verbessern. Sei es durch Aktionen, Teilnahme an Demonstrationen, Messen oder gesellschaftlichen Ereignissen.

5. DIE LINKE als die Kraft etablieren, für die Brandenburg mehr ist, als nur Berlin-Umland!

Dies sind unsere Vorschläge, über die wir gern diskutieren. Denn aus unserer Sicht darf es kein „Weiter so“ geben. Leider aber haben wir den Eindruck, dass dies derzeit noch zu häufig geschieht. Moritz Kirchner, Landessprecher Forum Demokratischer Sozialismus Brandenburg

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam: **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Für Bomben-Entsorgung soll der Bund zahlen

DIE LINKE: Bund ist bei der Rüstungsaltslastenfinanzierung in der Pflicht

Krieg verursacht unermessliches Leid – und eine ganze Menge gefährlichen Müll. Hierzu zählen auch Waffen und Munition aller Art. Seit dem 9. Mai 1945 stellt sich in Deutschland die Frage – was mit den ganzen Waffen, Bomben, Granaten passiert – und vor allem wer die Kosten für ihre Entsorgung trägt. Rechtlich betrachtet wird ganz klar unterschieden. Die Bundesrepublik haftet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches für „reichseigene Munition“. Das sind Überreste von Produktionsanlagen, Übungsplätzen oder deutschen Truppenverbänden. Das alleine macht pro Jahr bis zu 30 Millionen Euro bundesweit.

Aber es gibt auch noch die Waffen derjenigen, die sich den deutschen Versuch, mit Panzern die Welt zu erobern, nicht gefallen lassen wollten. Deutschland wurde schließlich bombardiert, weil Deutschland fast ganz Europa mit Krieg überzogen hat.

Hautnah erlebbar wird dieser Teil der Geschichte beispielsweise in Oranienburg oder Potsdam immer dann, wenn es heißt: „Evakuierung – Entschärfung einer Fliegerbombe“. Kein anderes Bundesland hat mehr munitionsbelastete Gebiete als Brandenburg. Insgesamt haben die Alliierten 1,3 Millionen Tonnen Fliegerbomben eingesetzt, um Deutschland zur Kapitulation zu zwingen.

Die Bundesrepublik Deutschland verstand sich seit ihrer Gründung als Rechtsnach-



folger des Deutschen Reiches. Doch was die anfallenden Kosten für die Entsorgung alliierter Munition angeht – sieht sich der Bund nicht in der Verantwortung, sodass Kommunen und Bundesländer die anfallenden Kosten alleine tragen müssen. Seit 1990 hat die Erkundung, Entschärfung und Entsorgung alliierter Rüstungsaltslasten alleine das Land Brandenburg ca. 220 Millionen Euro gekostet, die anderswo fehlten. Und noch immer liegen tausende Fliegerbomben im märkischen Boden. Auch andere Bundesländer stehen vor ähnlichen Herausforderungen.

Auf Initiative der Bundesländer Niedersachsen (damals CDU-FDP-regiert) und Brandenburg hat der Bundesrat deshalb im September 2011 und erneut im Juli 2014 das Gesetz zur Rüstungsaltslastenfinanzierung mit breiter Mehrheit beschlossen. Ziel des Gesetzes ist die Beteiligung des Bundes an den Räumungskosten. Im Bundesrat waren sich alle einig: Egal ob reichseigene oder alliierte Fliegerbombe – für

die Entsorgung muss in erster Linie der Bund haften.

Und seitdem? Sowohl die Union-FDP, als auch die Union-SPD-Koalition haben das Thema ausgesessen. Seit 2011 warten die Bundesländer vergeblich darauf, dass die Bundesregierung das Gesetz in den Bundestag einbringt. Die Rechnung ist klar – je länger gewartet wird, desto mehr Munition wurde in der Zwischenzeit entsorgt und umso niedriger werden die Kosten, die der Bund zu tragen hat. Wo die schwarze Null regiert, müssen die berechtigten Interessen der eigenen Landesregierungen hinten anstehen.

Die Linksfraktion im Bundestag wird diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Im Mai werden wir den Beschluss des Bundesrates in den Bundestag einbringen. Damit haben SPD und Union die Möglichkeit, ihren eigenen Beschluss zum Gesetz zu erheben und den Bund endlich in die Verantwortung zu nehmen. Zeit wird es!

Norbert Müller, MdB

Zivilgesellschaft zwingt Bundeswehr zum Rückzug

Der wochenlange Protest hat seine Wirkung gezeigt. Kaum hatte sich Widerstand formiert, da warf die Bundeswehr die Flinte schnell ins Korn und suchte das Weite. Die geplante Schießanlage bei Krampnitz wird nun doch nicht gebaut. Wie das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr Anfang März mitteilte, soll der normale Übungsbetrieb auf dem Truppenübungsplatz zwar weiterlaufen. Man halte aber nicht mehr am Bau der Sammelschießanlage auf dem Gelände fest.

Im Februar erfuhr die Öffentlichkeit, dass die Bundeswehr bei Krampnitz und in direkter Nachbarschaft zur Naturlandschaft der Sielmann-Stiftung für 14 Millionen Euro einen Schießplatz errichten wolle. Er sollte ab 2017 auf dem Truppenübungsplatz in der Döberitzer Heide entstehen und über mehrere Kurz- und Langbahnen für Schieß-



übungen mit Pistolen, Gewehren und auch Maschinengewehren verfügen. Daraufhin gründete sich dann unter anderem eine

Bürgerinitiative Groß Glienicker Heide – in Anlehnung an die BI Freie Heide gegen das Bombodrom in der Wittstock-Ruppiner Heide. Besonders kritisiert wurde insgesamt die Informationspolitik der Bundeswehr. Auch die Verantwortlichen in Potsdam hatte von den Plänen erst aus den Medien erfahren.

„Unser Einsatz, mit vielen Akteuren aus der Zivilgesellschaft, hat sich gelohnt. Ich danke Andrea Johlige, MdL, und Norbert Müller, MdB, für ihren Einsatz. Das Engagement der Bürger und der Politik hat sich gelohnt und hat gezeigt, Widerstand ist wichtig und richtig. Das intransparente Agieren der Bundeswehr ist durch DIE LINKE aufgedeckt worden. Gemeinsam haben wir den unnötigen Schießplatz verhindert“, so der Kreisvorsitzende Sascha Krämer.

Wir geben uns ein Leitbild

Im Juni letzten Jahres wurde über den Prozess und die guten Bedingungen gesprochen, die es für die Entwicklung des Leitbildes benötigt. Daran anknüpfend wurde in den letzten Monaten der Prozess vorbereitet und geplant. Jetzt ist es soweit: die Bürgerbeteiligung für die Leitbildentwicklung startet am 17. und 18. April mit den Stadtdialogen.

Sie werden in den kommenden Tagen und Wochen vermehrt auf Plakate, Flyer und Postkarten stoßen, die Sie aktiv zur Teilnahme motivieren sollen.

Unter dem Motto „Potsdam weiterdenken“ wollen wir in drei Beteiligungsphasen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, ihre Wünsche und Ideen in das Leitbild einfließen zu lassen. Wir nehmen den Start der Kampagne zum Anlass, Ihnen diese zu erläutern und alle wichtigen Termine rund um die Leitbildentwicklung mitzuteilen. Darüber hinaus möchten wir Sie auch zur aktiven Teilnahme am Leit-



bildprozess motivieren und Sie als Partner gewinnen. Wir möchten Ihnen die Methoden und Instrumente vorstellen, mit denen Sie arbeiten können, um einen wertvollen Beitrag zur Leitbilderarbeit zu leisten. Wir wollen Sie dazu befähigen, eigene Beiträge in die Leitbilderstellung einfließen zu lassen.

„Ich freue mich, dass der Leitbildprozess nun endlich losgeht. Potsdam braucht ein Vision. Ein Leitbild wie Potsdam in 20 Jahren aussehen soll wird dringend benötigt. Was macht die Stadt lebenswert? Was müssen wir uns leisten und was können wir uns leisten? Wie gestalten wir ein lebenswertes Potsdam bei knapper werden Finanzen. Die Debatte darum wäre ein Anfang hin zu einer wirklichen Bürgerkommune, in der Bürger und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam ihre Zukunft gestalten“, so kommentiert der LINKEN-Kreisvorsitzende Sascha Krämer den Start in die Leitbilddebatte.

Für Rückfragen können Sie sich an die „Geschäftsstelle Leitbildentwicklung“ unter Leitbild@rathaus.potsdam.de oder telefonisch unter 0331 289 1125 wenden.

1870

Lenin geboren

Als Wladimir Iljitsch Uljanow wird Lenin am 22. April in der Stadt Simbirsk an der Wolga geboren. Seine Geburtsstadt wird ihm zu Ehren 1924 in Uljanowsk umbenannt. Den Namen Lenin gibt sich Uljanow 1901.

Lenin führte mit den Bolschewiken die siegreiche Oktoberrevolution 1917 an, mit der Russland aus dem 1. Imperialistischen Weltkrieg ausschied und 1922 die UdSSR als erstes sozialistisches Land gründete. Eine seiner bekanntesten Schriften ist „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“.

1945

Schwur von Buchenwald

Bei einem Gedenkappell für die Ermordeten des Konzentrationslagers Buchenwald am 19. April wird ein Gelöbnis der Überlebenden verlesen, der Schwur von Buchenwald: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

1955

Enttrümmerung Potsdams

Aus Anlass des 10. Jahrestages der Bombardierung Potsdams findet am 16. April der erste Großeinsatz des Jahres 1955 zur Enttrümmerung Potsdams statt. 550 Aufbauhelfer arbeiten freiwillig und unentgeltlich auf 15 Baustellen und leisten 1.460 Stunden.

1960

„Wenn einer eine Reise tut...“

In den Lichtspieltheatern der DDR läuft am 22. April die 75. Folge der satirischen DEFA-Kurzfilmfolge „DAS STACHELTIER“ unter dem Thema „Wenn einer eine Reise tut...“ an. Inhalt: Die Bauersfrau Schwellnuß wird am Kontrollpunkt zum Westsektor in Berlin mit Lebensmitteln, die sie unterm Rock trägt und verschieben will, festgehalten. Eine mitreisende, ‚gewöhnliche Frau‘ empört sich über die ‚böswillige Volkspolizei‘. Als später beim Einkauf im Ostsektor Butter und Eier fehlen, schimpft sie über die schreckliche Versorgung – bis ihr plötzlich aufgeht, dass beide Situationen eng miteinander zu tun haben

-rt

(K)eine Geschichte der Garnisonkirche

Befürworter und Gegner eines Wiederaufbaus der Potsdamer Garnisonkirche stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Zur Versachlichung der Diskussion könnten Darstellungen zur Geschichte dieses sakralen Bauwerkes beitragen, dessen wechselvolle Historie aufs engste mit der preußisch-deutschen Geschichte verknüpft ist.

Leider kann die jüngst erschienene Studie aus der Feder von Anke Silomon diesem Anspruch nicht gerecht werden. Die Autorin versucht, die Geschichte der Garnisonkirche im 20. Jahrhundert nachzuzeichnen. Ein Versuch, der leider misslungen ist.

Zunächst wirkt verstörend, dass den Leserinnen und Lesern eine Geschichte ohne die wichtigsten handelnden Personen geboten wird: die in der Kirche amtierenden Pfarrer. Die Namen der wichtigsten Geistlichen, Bernhard Rogge (1862 - 1906) und Johannes Vogel (1912 - 1919), tauchen überhaupt nicht

bzw. eher beiläufig auf. Ein Zufall? Beide waren in der unmittelbar dem Kaiser unterstehenden Garnisonkirche die über ihre Zeit hinaus prägenden Persönlichkeiten. Sie personifizierten das strategische Bündnis von Thron und Altar. Sie zelebrierten die Gottesdienste anlässlich der Konstituierung des Kaiserreiches in Versailles (1871) bzw. bei der 3. Obersten Heeresleitung (1917/18). Für beide war eine nationalistische und militaristische Geisteshaltung kennzeichnend. Vogel engagierte sich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg in der monarchistisch-nationalistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Beide haben Memoiren hinterlassen, in denen sie ihre Kriegserlebnisse über weite Strecken im Stile eines „Abenteuer-Romans“ schildern. Beide waren darüber hinaus als Autoren von Büchern und Broschüren aktiv, in denen die Geschichte der Hohenzollern verherrlicht wurde. Frau Silomon führt die entsprechenden Veröffentlichungen weder im Literaturverzeichnis auf noch zitiert sie aus ihnen.

Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik, als die Garnisonkirche nicht selten als Veranstaltungsort militäristischer und rechtsextremer Organisationen diente, wird unangemessen kurz behandelt. Lediglich der unsägliche Auftritt des Generals Erich Ludendorff im November 1919 findet Erwähnung.

Anke Silomon

**Pflugscharen zu Schwertern
Schwerter zu Pflugscharen****Die Potsdamer Garnisonkirche im 20. Jahrhundert**

nicolai

Und die Zeit des „3. Reiches“? Auf der S. 63 lesen wir: „Nach der Übernahme der Herrschaft durch die Nationalsozialisten ließen sich viele Christen und Repräsentanten der Kirche von der nationalistischen Euphorie anstecken.“ War es nicht vielmehr so, dass bereits vor dem 30. Januar 1933 zahlreiche Pfarrer der NSDAP bzw. der SA beigetreten waren oder den Nazis mit Sympathie begegneten? Hatte die Nazi-partei vorzugsweise nicht in den von protestantischer Bevölkerung dominierten Wahlbezirken ihren höchsten Stimmenanteil erzielt? Hatten die Kirchenwahlen am 13. November 1932 nicht die soeben gegründete NS-Organisation „Deutsche Christen“ zu einem Drittel der Mandate in den Gemeindekirchenräten verholfen? Bei Anke Silomon erscheinen die protestantische Kirche und die Garnisonkirche dagegen eher als Objekte der damaligen politischen Entwicklungen. Das gilt auch für die Zeremonie am 21. März 1933, als in und vor der Garnisonkirche Hitler und Hindenburg ihren Bund für ein faschistisches „neues Deutschland“ besiegelten, wobei der Generalsuperintendent der Kurmark, der bekannte Antisemit und Nationalist Otto Dibelius, die Predigt hielt. Die Darstellung bei Anke Silomon ruft den Eindruck hervor, als hätte Dibelius beinahe im Stil eines „Oppositionellen“ gesprochen. Keine Erwähnung findet, dass Hitler an diesem

Tage in der Garnisonkirche eine Ansprache hielt.

Leider muss auf die nicht geringe Anzahl handwerklicher Fehler hingewiesen werden, die Zweifel an der Solidität der Darstellung aufkommen lassen. Da werden z.B. auf S.126 und 129 zwei Briefe des Reichskirchenministeriums vom 14.2. und 11.3.1935 an die Gemeinde zitiert; zu diesem Zeitpunkt existierte dieses Ministerium noch gar nicht. Weiter sei auf die S.38 verwiesen, wo der Monat September 1919 als „mitten in der Hyperinflation“ bezeichnet wird. Der Zeitpunkt der Hyperinflation wird hier um vier Jahre vorverlegt. Unzutreffend ist die Aussage auf S.91, der Superintendent Martin Thom sei „sehr NSDAP-nah“ gewesen. In Wahrheit gehörte er der Nazi-partei bereits seit dem Dezember 1931 an und war einer der Gründungsmitglieder der „Deutschen Christen“.

Der Hauptteil des Buches besteht in der detailreichen Darstellung der Vorgeschichte der Sprengung der Garnisonkirche im Mai und Juni 1968. Dabei

wird den DDR-Autoritäten, namentlich Walter Ulbricht, die Rolle der kirchenfeindlichen Schurken zugewiesen. Wäre es nicht sachlich geboten gewesen, zumindest darauf hinzuweisen, dass zwischen der protestantischen Kirche und der Arbeiterbewegung eine seit über einem Jahrhundert währende Beziehungsgeschichte herrschte, die nicht zuletzt von der geistigen Unterstützung, zumindest aber Tolerierung, jeglicher Repressionen gegen Sozialisten und Kommunisten durch die Amtskirche geprägt war? Dass sie beide Weltkriege geradezu emphatisch begrüßte? Diese historischen Erfahrungen waren bei den handelnden Personen im Jahre 1968 noch sehr gegenwärtig, wie immer man ihr damaliges Handeln heute bewerten mag.

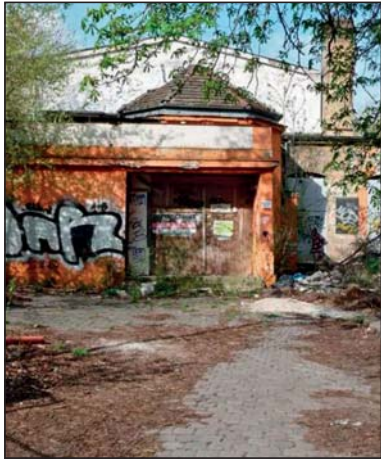
Zusammenfassend bleibt festzustellen: Anke Silomons Buch zu attestieren, es beinhalte eine Geschichte der Garnisonkirche im 20. Jahrhundert, wäre verfehlt. Eine solche Geschichte muss erst noch geschrieben werden. Dann aber sollte es sich nicht um ein von der Kirche finanziertes Auftragswerk handeln.

Dr. Reiner Zilkenat

Hier noch der genaue Titel des Buches: Anke Silomon: Pflugscharen zu Schwertern - Schwerter zu Pflugscharen. Die Potsdamer Garnisonkirche im 20. Jahrhundert, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 2014, 201 S.

Neues zum Kino Charlott

Im Kulturausschuss der SVV ist folgendes durch die Verwaltung berichtet worden: Der Eigentümer hat ein Nutzungs- und



Sanierungskonzept vorgelegt und erste Entwürfe für einen Anbau sowie für die gärtnerische Gestaltung des gesamten Areals. Im März hat die Denkmalpflege weitere Unterlagen erhalten. Wie sich die Entwicklung weiter gestaltet, soll nach Ostern besprochen werden. Vielleicht ist verhaltener Optimismus angesagt.

Karin Schröter

Tennisplatz weicht Wohnungsbau

Nach jahrelanger Diskussion hat die Stadtverordnetenversammlung jetzt die Entscheidung zu einer Verlagerung der Tennisplätze von hinter der Sporthalle an der Heinrich-Mann-Allee auf das Gelände des ehemaligen Plattenwerks in der Waldstadt II getroffen. Dort ist bereits mit dem

Kinderärzte??? Mangelware!

Viele Potsdamerinnen und Potsdamer haben es schwer, einen Kinderarzt oder eine Kinderärztin für ihr Kind zu finden. In Potsdam-West, Potsdam-Nord sowie in den westlichen und nördlichen Ortsteilen gibt es sogar gleich gar keinen Kinderarzt. Eltern sind hier gezwungen ins Zentrum auszuweichen. Hier sind die Praxen aber derart überfüllt, dass mehrere KinderärztInnen gar keine Patienten mehr und andere nur noch mit Zahnknirschen annehmen – dann aber mit vorprogrammierten teils monatelangen Wartezeiten auf Termine. Ein weiteres Ausweichen in den Süden oder Osten bringt oft auch keinen Erfolg mehr, die Potsdamer Geburtskliniken empfehlen Eltern von Neu-



im vergangenen Jahr beschlossenen B-Plan Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn Baurecht geschaffen worden. Vor dem Hintergrund des hohen Wohnungsbedarfs in der Landeshauptstadt sollen die jetzt noch vom Tennisclub genutzte Fläche und das Straßenbahndepot für den Wohnungsbau genutzt werden. Hier sollen etwa 700 Wohnungen entstehen in Verbindung mit Gewerbe und Dienstleistung. Das war kein einfacher Weg. Die Linksfraktion hatte sich dafür eingesetzt, dass der Tennisclub Rot-Weiß entweder an seinem traditionellen Standort bleibt, oder an einem anderen Ort eine reale Chance für den Vereinssport erhält, also nicht einfach verdrängt wird. In diesem Zusammenhang stand auch die Frage des weiteren Umgangs mit der Sporthalle und dem Sportstandort in der Heinrich-Mann-Allee. Wir hatten mit anderen die Befürchtung, dass die Sporthalle nach dem Bau der MBS-Arena im Luftschiffhafen dem Abriss preisgegeben wird.

Das haben wir jedoch verhindern können. Die Sporthalle soll perspektivisch saniert werden, da sie insbesondere für den Trainingsbetrieb unverzichtbar ist. In der Diskussion ist immer noch die konkrete Gestaltung der Rollsportfläche vor der Sporthalle, die von verschiedenen Sportvereinen und vom Humboldt-Gymnasium genutzt werden soll.

Auf dem Gelände des ehemaligen Betonwerks in der Waldstadt werden neben den Tennisplätzen für Rot-Weiß Gewerbe-

flächen und auch neue Wohnungen entstehen.

Mit der Erschließung all dieser Entwicklungspotenziale wird der Potsdamer Süden weiter an Attraktivität gewinnen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Übrigens: Angenommen!

Unsere Anträge auf Unterstützung der Flüchtlingsmannschaft Welcome United 03 von Babelsberg 03 mit 10 T€ pro Jahr und auf die Erarbeitung eines Konzeptes, in dem dargestellt wird, wie der besonderen Situation und dem spezifischen Bedarf von Flüchtlingskindern bei Aufnahme in Schulen mit Möglichkeiten der Stadt entsprochen werden kann, sind beschlossen worden.



tinnen. Potsdam hat aber bekanntermaßen einen sehr hohen Kinder- und Jugendanteil an der allgemeinen Bevölkerung.

Dahingegen heißt es in den Medien aktuell sogar, Potsdam hätte ein statistisches Überangebot an Fachärzten. Wir sehen hier den Bund, das Land, aber auch die Kommune in der Verantwortung: Potsdam muss das Engagement für die ausreichende kinderärztliche Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen dringend intensivieren. Mit Spannung erwarten wir daher auch das Ergebnis einer kleinen Anfrage des SPD-Stadtverordneten Mike Schubert zur Fachärzteversorgung. Wir bleiben dran an dem Thema! -/t

DIE LINKE und der Haushalt 2015/2016

Der politische Schwerpunkt der Sitzung am 04. März war der Beschluss des Doppelhaushaltes der Stadt für die Jahre 2015 und 2016. In der März-Ausgabe dieser Zeitung ist ausführlich dargestellt, mit welchen Themen und Zielstellungen wir uns in die Diskussion eingebracht haben. Dass es nicht leicht sein würde, unsere Anliegen durchzusetzen, war uns bewusst. Dass die gebündelte Rathauskooperation aber das Prinzip „Anträge der LINKEN sind abzulehnen, egal was sie beinhalten“ so stringent durchgezogen hat, war dann trotzdem eine Herausforderung. Die politischen Konstellationen, wie sie sich nach der Kommunalwahl mittlerweile etabliert haben, machen die Arbeit nicht leichter. Vor allem dann nicht, wenn man sich, wie DIE LINKE es immer getan hat, an den Wünschen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientiert, von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschlüsse und Zusagen der Verwaltung – Letzteres wenigstens im Ansatz – ernst nimmt. Anschaulich wird das mit folgenden Beispielen: Nach zähem Ringen war es gelungen, den Lückenschluss des Uferweges in der Speicherstadt auf dem Gelände des Wasserwerks per Beschluss der Stadtverordneten fest zu schreiben. Die Umsetzung des Beschlusses kostet Geld. Das wollten wir in den Haushalt eingestellt wissen; für 2015 und 2016 je 250T€ und haben einen Vorschlag unterbreitet, wie das haushaltsneutral bewerkstelligt werden kann. Der Antrag wurde abgelehnt, die Realisierung des Uferweges und damit die Umsetzung des Beschlusses in Frage gestellt. Oder nehmen wir die Schulwegsicherung: Dazu gibt es ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenes Konzept, die Fortschreibung des Konzeptes ist in Erarbeitung. Das Konzept beinhaltet konkrete Maßnahmen, damit Kinder und Jugendliche ihren täglichen Schulweg gefahrenlos(er) gehen und fahren können. Wir haben festgestellt, dass das bisherige Budget von 25 T€ pro Jahr nicht reicht, um wenigstens die dringlichen, kleinteiligen Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Darum haben wir die Aufstockung auf 50 T€ gefordert. Der Antrag wurde abgelehnt. Was nutzen in Hochglanz präsentierte Konzepte, wenn deren Umsetzung dann am Geld und der Ignoranz politischer Zusammenschlüsse scheitert?

Wer nach dem Lesen dieser Zeilen glaubt, dass uns dieses politische Gebaren von Rathauskooperation und Verwaltung resignieren lässt, der irrt. Wir werden weiter sehr beharrlich daran arbeiten, die Zusagen, die wir zu den Kommunalwahlen gegeben haben, mit Leben zu erfüllen. Dazu sind wir uns und unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet.

Der „heimliche Oberbürgermeister“ ...

Von einer vierjährigen „Odyssee“ um die Nahversorgung in Waldstadt II berichtet

Es war nicht das erste mal, dass sich Anwohner und Journalisten im Waldstädter „Haus der Begegnung“ einfanden, um über das Problem „Nahversorgung“ zu debattieren. In der Presse war man schon geneigt – genervt durch jahrelanges Hickhack –, von einer schier unendlichen Geschichte zu reden. Doch falsch. Offenbar wirkt der „stete Tropfen“ doch.

Wer aus seiner Sicht den größten Anteil an dem Erfolg hatte, stellte am 20. Februar 2015 der „Kaiser's“-Regionalmanager Tobias Tuchlenski klar: „Für mich ist Dr. Scharfenberg der heimliche Oberbürgermeister in Potsdam.“ Und Tuchlenski berichtete, dass Scharfenberg ihn vor geraumer Zeit (und immer wieder) angerufen hatte. Ihm läge die Nahversorgungssituation in dem Teil der Waldstadt rund um die Straße Zum Teufelssee sehr am Herzen, so argumentierte der LINKEN-Fraktionschef. Und man traf sich. Unter vier Augen und mit den Anwohnern und dem Bauträger Semmelhaack.

Ja, es war eine lange, doch keine unendliche Geschichte. Wir erinnern uns: Im Juli 2011 war Zum Teufelssee 8 quasi „Land unter“. EDEKA und die Nutzerin Frau Opitz hatten das Geschäft aufgegeben. Ellenlange Gespräche hatten nicht geholfen. DIE LINKE Stadtfraktion nahm sich der Sache an. Und in der Waldstadt II gründete sich eine Bürgerinitiative. Federführend hier vor Ort der Ortsverband Potsdam Süd der Partei DIE LINKE. Es gab weitere Veranstaltungen im „Haus der Begegnung“. Durch Gespräche mit den Betroffenen, eine Anfrage im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und weitere Recherchen konnte untermauert werden, dass ein Bedarf einer Nahversorgungseinrichtung sehr wohl vorhanden ist. Eine Unterschriftensammlung zum Erhalt der Nahversorgung am Standort „Zum Teufelssee 8“ wurde initiiert etc...

Wohnungen und Supermarkt geklärt

Im Juli 2012 meldete sich Hans-Jürgen Scharfenberg in unserer Zeitung zum Thema Nahversorgung zu Wort. „Der Protest gegen die ursprünglich geplante ersatzlose Schließung der Kaufhalle am Teufelssee (Waldstadt II) hat sich gelohnt. Nach den Aktionen der Bürgerinitiative, den Unterschriften der Bürger und der konsequenten Unterstützung durch die Linksfraktion hat die Firma Semmelhaack zugesagt, in dem am Standort geplanten Wohnungsneubau eine neue Kaufeinrichtung zu integrieren. Voraussetzung war aber, dass sich ein Betreiber findet. Das war nicht so einfach, aber durch meine Vermittlung hat die Firma ‚Kaiser's‘ Interesse bekundet. Nach dem üblichen Hin und Her drohte zwischenzeitlich sogar ein Scheitern der Pläne.

Nach meiner Intervention ist jetzt eine tragfähige, für beide Seiten wirtschaftliche Lösung gefunden worden. Semmelhaack und ‚Kaiser's‘ sind sich einig über die Einrichtung einer Kaufhalle im Erdgeschoss des neu zu errichtenden Wohngebäudes auf dem Grundstück der im Herbst geschlossenen Kaufhalle. Nach dem möglichst effektiv zu gestaltenden Genehmigungsverfahren werden die Waldstadtbewohner in absehbarer Zeit wieder eine Verkaufseinrichtung in ihrer Nähe und weitere dringend benötigte Wohnungen haben“, so Dr. Scharfenberg.

Der K(r)ampf mit den Genehmigungen

Prima, wird der Leser wohl sagen. Dann hätte es ja sofort losgehen können. Doch weit gefehlt – siehe Stichwort „Genehmigungsverfahren“. Wieder ging ein Jahr ins Land. Und wir konnten dann im Mai 2013 in unserer Zeitung verkünden, dass Scharfenberg zufolge der dringend erwartete „Kaiser's“-Markt „im späten Frühjahr 2014“ eröffnen könnte. Die Ansiedlung des „Kaiser's“-Marktes zeige, so Scharfenberg, „dass die Nahversorgungsprobleme lösbar sind“. „Ich hoffe auf eine zügige Bearbeitung des Bauantrages durch die Verwaltung“, so Scharfenberg. Zügig hatte im verschneiten Frühjahr 2013 der Abriss der alten Halle stattgefunden. Nun bauten die Waldstädter darauf, dass sie „in absehbarer Zeit wieder eine Verkaufseinrichtung in ihrer Nähe und weitere Wohnungen haben“, betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN.

Das Jahr 2014 kam, doch von der Kaufhalle war noch nichts zu sehen. Bis dann endlich mit dem Bau begonnen wurde...

Ende gut – alles gut

Heute steht der Rohbau schon ansehnlich. Und das war Grund genug für Dr. Scharfenberg, gemeinsam mit den Mitarbeitern von „Kaiser's“ und der Bürgerinitiative die zukünftigen Kunden anzuhören. Die Potsdamer Tageszeitung „MAZ“ meinte dazu: „Ein Novum in der Großstadt: Die künftigen Kunden haben ausdrücklich Mitspracherecht bei der Ausgestaltung des neuen Supermarktes in ihrem Wohngebiet.“ Stimmt. Und die Informationen der „Kaiser's“-Mannschaft zum Markt wurden mit großem Interesse aufgenommen. Rund 450 Quadratmeter groß wird er sein, altersgerechte Beleuchtung wird installiert, rutschfeste Fußböden, kleine Verpackungsgrößen für kleine Haushalte – das sind einige Punkte, die den Supermarkt auszeichnen. Zustimmung fanden auch solche Fakten: Das Drehkreuz am Eingang fällt weg. So kann man/frau auch ohne viele Probleme mit dem Rollator, dem Kinderwagen oder Rollstuhl durch. Für schwache Augen sind



Der Abriss ging zügig.



Ein Neubau beginnt zu wachsen.



Der „heimliche OB“ und sein Erfolg...



Die Wünsche der Kunden berücksichtigt.

sogar Lupen am Einkaufswagen geplant. Insgesamt soll das Sortiment den Kundenwünschen entsprechen – und das für Jung und Alt. Hervorzuheben ist sicher noch das SB-Frischwarenangebot und der Backshop mit Sitzmöglichkeiten. Auch über solche Vorschläge wie den Party-Service und einen gewünschten Bringedienst wird nach Bedarf entschieden werden, so der Regionalmanager Tuchlenski. Und logischerweise hob er hervor, dass selbstverständlich dem Bedarf entsprechend gehandelt werden muss. Auch das fand das Verständnis der zahlreich Anwesenden. Alles in allem also ein gutes Ende einer rund vierjährigen

„Odyssee“. Und die zufriedenen Kunden fanden ihre Bedürfnisse berücksichtigt. Und an dieser Stelle zitieren wir gern noch einmal die o. g. Tageszeitung: „Dass es soweit gekommen ist, ist den Bürgerprotesten und dem Einsatz von LINKEN-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg zu danken, der die Nöte der Leute ernst- und den Kontakt zu der Handelskette aufgenommen hat.“ So ist auch die lockere aber kluge Äußerung vom Regionalchef Tobias Tuchlenski zu verstehen, der Scharfenberg als „heimlichen Oberbürgermeister“ hervorhob.

Zweigbibliothek Waldstadt beging ihr 30. Jubiläum

Sie ist die Bibliothek im Grünen und liegt in der Mitte ihres Stadtteils – die Zweigbibliothek in der Waldstadt. Als etablierter Treffpunkt und Informationszentrum im Stadtteil blickt die Einrichtung jetzt auf dreißig Jahre erfolgreiche Bibliotheksgeschichte zurück. Am 15. März 1985 eröffnet, war es die erste moderne, eigenständig als Bibliothekspavillon gebaute Zweigstelle der damaligen Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek Potsdam, die damals noch den Namen „Pablo Neruda“ trug und für das noch junge Wohngebiet Waldstadt ein attraktiver Anziehungspunkt war. Seit dem ist die Bibliothek dort nicht mehr wegzudenken, denn sie hat den Stadtteil mitgeprägt. 795.502 Besucher haben sich in den dreißig Jahren von dem guten Angebot vor Ort überzeugen können. Eine kulturelle Blütezeit bis Mitte der 1990er-Jahre erlebte die Bibliothek vor allem durch die vielfältigen Initiativen des Kulturkreises Waldstadt des damaligen Kulturbundes mit Lesungen, Gesprächsabenden und Ausstellungen. Auch ein Kindermalzirkel fand hier statt.

Zum zehnjährigen Bestehen wurde die Innen-

einrichtung 1995 komplett erneuert und bietet seitdem Wohlfühlumgebung. Die Besonderheit war von Anfang an der angelegte Lesegarten als Oase zum Lesen und Entspannen, der zusammen mit der Außenfassade 2006 im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ neu gestaltet wurde. In diesem Jahr ist auch die Sanierung des Daches geplant.

Das kleine Bibliotheksteam unter Leitung von Gisela Glawe wird seit einigen Jahren durch ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützt. Zurzeit engagieren sich hier sieben Ehrenamtler. „Kontaktpflege zu den Partnern im Wohngebiet wie Schulen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen und

zur Bürgerinitiative Waldstadt gehören zum Aufgabenspektrum. Ein wesentliches Feld ist dabei die Leseförderung für Kinder mit Bibliothekseinführungen und Veranstaltungen“, unterstrich der LINKE Kreisvorsitzende und Stadtverordnete Sascha Krämer.

Auch technisch hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten einiges verändert: Heute ist die elektronische Verbuchung genauso selbstverständlich wie die Möglichkeit, im Internet zu recherchieren und Medien online zu verlängern. In den kommenden Jahren sollen Investitionen für die Aufrüstung mit Selbstverbuchungsautomaten akquiriert werden.



Seit 14 Jahren nur Absichtserklärungen

Der Radweg zwischen den Wohngebieten Am Stern und Drewitz

Der Radweg entlang der Heiztrasse zwischen den Stadtteilen Am Stern und Schlaatz sollte bereits 2001 als Route C der Radwegeplanung im Rahmen der BUGA ausgebaut werden. Das war der Plan, die Realität ist eine andere: Die Strecke ist bis heute in einem beklagenswerten Zustand und für die Nutzer eine echte Herausforderung.

Seit 2004 hat die Fraktion DIE LINKE die Verwaltung mit Anfragen gelöchert, um den jeweils aktuellen Stand der Planungen abzufragen und so das Problem immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Wir haben dabei viele Informationen erhalten: Bei dem besagten Weg handelt es sich um einen Betriebsweg der EWP, ein Teil des Weges gehört Privateigentümern. Die Stadt könne daher an dem Weg nichts tun und außerdem gäbe es ja die gut ausgebauten Alternativen entlang des Baggersees. Wir waren zwar informiert, in Sachen Ausbau des Weges tat sich aber nicht wirklich was.

Mit dem Beschluss eines Antrages der LINKEN im November 2009 durch die Stadtverordnetenversammlung wurde die Verwaltung beauftragt, die für den Radweg benötigten Flächen zu kaufen. 2013 wurde uns, aber wieder erst auf Nachfrage, mitgeteilt, dass noch Ankäufe von 4 Eigentümern ausstehen, im April 2014 waren es dann „nur noch“ 2. Allerdings hatten die Stadtverordneten inzwischen im Dezember 2010 beschlossen, wieder auf Antrag der LINKEN, dass die Sanierung des Radweges bis 2012 zu erfolgen hat und die dafür mit 450.000 EURO bezifferten Mittel bereit zu stellen sind.

Aber was scheren Verwaltung und Rathauskooperation einst gefasste Beschlüsse?! Mit einem Änderungsantrag zum städtischen Haushalt 2015/2016 wollte DIE LINKE erreichen, dass mit dem Ausbau des Radweges bereits 2015, und nicht, wie von der Verwaltung nun in Aussicht gestellt, erst 2016, begonnen wird. Ergebnis: Antrag abgelehnt! Noch absurder wird das Ganze, wenn man weiß, dass das Geld ja in diesem Doppelhaushalt fest geplant ist.

Also liebe Radfahrer und Fußgänger: Bedanken Sie sich bei der Rathauskooperation und „ihrer“ Verwaltung dafür, dass Sie mindestens noch ein weiteres Jahr diesen naturbelassenen Weg nutzen dürfen. Wir sind gespannt, ob der zum ...zigsten Mal verschobene Fertigstellungstermin diesmal gehalten wird. Wir behalten das ganz bestimmt im Auge.

Unmögliche Verkehrssituation in Eigenheimsiedlung

In der Stadtverordnetenversammlung Anfang März 2015 stellte DIE LINKE folgenden Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, erstens in der Straße „Ravensbergweg“ zwischen dem Abschnitt „Heidereiterweg“ (Spielplatz) und der Straße „Am Wald“ ein Parkverbot zu erlassen sowie zweitens in der Straße „Vogelsang“ ein einseitiges Parkverbot festzulegen. Weiter solle der OB dafür Sorge tragen, dass die Lehrerschaft der Schulen in freier Trägerschaft „Internationale Grundschule“ und „Alfred-Nobel-Gesamtschule“ innerhalb des Schulgeländes parken kann und die Elternschaft sich konsequent an die o.g. Punkte hält.

Worum geht es? Im Verkehrsnetz der Siedlung Eigenheim existiert seit langem ein Missverhältnis zwischen der gegebenen Straßenkapazität und den ständig anwachsenden Ansprüchen des motorisierten Verkehrs.

Dies ergibt sich vor allem daraus, dass seit ca. 2000 eine starke Verdichtung der Bebauung in der zweiten Reihe erfolgte und 2008 die Internationale Grundschule und 2011 die Alfred-Nobel-Gesamtschule in das direkt am Wald gelegene Schulge-

bäude eingezogen sind, dazu ein Kindergarten und ein Hort.

Alle Bildungseinrichtungen rekrutieren ihre Kinder bzw. Schüler aus dem gesamten Stadtgebiet und der weiteren Umgebung. Die meisten werden per PKW in die Schule



gebracht und abgeholt. Da die Gesamtschule erst im Aufbau begriffen ist (derzeit bis Klasse 9), muss mit weiter anwachsenden Schülerzahlen gerechnet werden.

Als Hauptzufahrt dient der Ravensbergweg, dessen Straßenbreite zwischen Heidereiterweg und Vogelsang lediglich 4,80m beträgt und der diesem Ansturm neben dem normalen Verkehr (Anwohner, Leistungen von Geschäften und Firmen, Einsatz von Rettungswagen und Feuerwehr, Dienst-

leistungen der STEP u.a.) nicht gewachsen ist. Radfahrer sind besonders gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung wurde von uns in mehreren Anfragen und Anträgen auf die sich eklatant zuspitzende Situation aufmerksam gemacht: Bis heute hat sich bis auf die Anbringung eines Schildes „Achtung! Kinder!“ nichts geändert!

Da es inzwischen zu mehreren Unfällen zwischen Radfahrern und PKW sowie zur Beschädigung von Autos von Anwohnern gekommen ist, haben sich die Anwohner mit der Gruppe der Sicherheitspartnerschaft wiederholt beim Ordnungsamt beschwert.

Am 14.10.14 fand eine gemeinsame Begehung mit Polizei, Sicherheitspartnerschaft und einem Vertreter der Schulen statt. Vertreter des Ordnungsamtes fehlten, sollen aber nach Auskunft betroffener Anwohner im Dezember zur morgendlichen Schwerpunktzeit anwesend gewesen sein und mehrfach Verwarnungen an Eltern ausgesprochen haben. Dieser unhaltbare Zustand muss endlich einer sinnvollen Lösung zugeführt werden.

Anmerkung: Der Antrag wurde in den Ausschuss „Stadtentwicklung, Bauen, und Verkehr“ überwiesen.

Saisoneröffnung der SG Fanfarenzug Potsdam am 1. Mai

Traditionell startet die SG Fanfarenzug Potsdam e.V. am 1. Mai um 14:30 Uhr im Sportpark Luftschiffhafen mit seiner Saisoneröffnung in eine neue Auftritts- und Wettbewerbssaison.

Der Fanfarenzug Potsdam lädt alle Musikfreude und Fans herzlich ein, um diesem jährlichen Ereignis beizuwohnen. Ein besonderes Highlight wird unsere diesjährige Kooperation mit dem Stadtsportbund Potsdam e.V. sein. Passend zum aktuellen Themenjahr 2015 der Stadt Potsdam „Potsdam bewegt“, werden der Fanfarenzug Potsdam und der Stadtsportbund Potsdam gemeinsam die vielfältigen sportlichen Angebote unserer Landeshauptstadt präsentieren.

Natürlich präsentieren wir die aktuelle Musikschaue, welche im Winter noch einmal überarbeitet wurde. Da sie nur am 1. Mai in Potsdam zu sehen sein wird, sollte sich kein musikbegeisterter Potsdamer diese Möglichkeit entgehen lassen. Spektakuläre Show-Elemente werden nicht nur anlässlich



Training vor. Traditionsgemäß darf natürlich die Musikschaue des Nachwuchses des Fanfarenzuges nicht fehlen. Für die jüngsten Mitglieder ist der 1. Mai eine gute Möglichkeit zu zeigen, welche Fortschritte sie in den letzten Monaten gemacht haben und meist der erste Auftritt vor einem

großen Publikum. Für Eltern und Großeltern der Jüngsten immer wieder ein sehr emotionaler Moment. Der Fanfarenzug Potsdam erhält zur Saisoneröffnung im Jahr 2015 musikalische Unterstützung vom Landespolizeiorchester Brandenburg und dem Spielmannszug Gernode, der sich mit einer ganz besonderen Darbietung präsentieren wird. Also: Rechtzeitiges Erscheinen sichert die besten Plätze.

der Saisoneröffnung für Begeisterung auf den Publikumsrängen sorgen, sondern hoffentlich auch den Grundstein für eine weitere Titelverteidigung anlässlich der im Juni 2015 anstehende Fanfaronade in Strausberg und die erfolgreiche Teilnahme an den WAMSB Weltmeisterschaften 2015 in Kopenhagen/Dänemark legen. Auf diesen besonderen Saisonhöhepunkt bereiten sich die Mitglieder des Potsdamer Fanfarenzuges bereits seit einigen Monaten mit emsigem

„Feste soll man feste feiern“

Am 13. Juni 2015 gibt es wieder einen der beliebten und vielbesuchten Sommergärten der AG Senioren im Haus der LINKEN in der Alleestr. 3.

Die brandenburgische Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Diana Golze, ist im Sommergarten zu Gast und spricht über Probleme, die uns bewegen, wie über die Pflegeoffensive für die Alten und Altersarmut und gibt Antwort auf Fragen der TeilnehmerInnen.

Auch Günter Herlt, den wir ja mit seinem Humor von etlichen Sommergärten her kennen, kommt wieder zu unserer Veranstaltung. Er liest aus seinem jüngsten satirischen Werk, „Feste soll man feste feiern“.

Und dann ist noch ein Info-Stand der Verkehrswacht anwesend bei dem man einiges über den Umgang mit Rollatoren erfahren kann und man kann auch einen „Rollatoren-Führerschein“ machen.

Natürlich wird auch für das leibliche Wohl mit Getränken, Kaffee und Kuchen gesorgt. Über die Mittagszeit kann dem Hunger am Grillstand begegnet werden. Also den 13. Juni vormerken: Beim Sommergarten der AG Senioren ist wieder was los!

SUDOKU

6	8		9	7		4	2
		4				9	
			3	1	4		
7	6					1	4
2	3					7	9
			5	4	3		
		7				6	
3	9		7	6		2	1

Auflösung März

9	7	5	8	2	4	6	1	3
2	3	1	7	6	9	8	4	5
4	6	8	1	5	3	2	9	7
8	5	4	9	3	2	7	6	1
3	9	2	6	7	1	5	8	4
6	1	7	5	4	8	3	2	9
1	8	3	2	9	5	4	7	6
7	4	9	3	8	6	1	5	2
5	2	6	4	1	7	9	3	8

14. Mai 2015 – „DIE LINKE“ auf Tour!

Der in der März Ausgabe von „PaS“ angekündigte traditionelle Ausflug hat auch in diesem Jahr wieder großen Zuspruch gefunden. Hier nun die Einzelheiten!

Wir treffen uns um 9.00 Uhr am Fernbussteig vor dem Hauptbahnhof. Beachtet bitte den Sonntagsfahrplan der Straßenbahnen und Busse!

Erstes Reiseziel ist das südlich Branden-

burgs gelegene Reckahn mit seinem Schloss- und Museumsensemble, wo wir eine interessante Führung und eine preußische Schulstunde erleben werden. Gegen 12.00 Uhr fahren wir durch die Landschaft des Fläming nach Oberjünne zum Gasthof „Heidekrug“. Nach ausgiebiger Mittagspause wandern wir ca. 3km nach Golzow, wo uns der Bus zur Heimfahrt erwartet.

Die Kosten für Speisen und Getränke zahlen alle selbst. Zusätzlich müssen wir aber im Bus um eine Spende von 5 Euro pro Person bitten, um einen Teil des Eintrittsgeldes in Reckahn zu finanzieren.

Wir werden etwa 16.00 Uhr wieder in Potsdam sein.

Hella und Rudolf Drohla

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Mittwoch, 01.04.2015, 16.30 Uhr:
Infostand OV Potsdam-West vorm Kaufland - Thema: Uferweg

Dienstag, 07.04.2015, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“ und mit Anita Gruber als Spielmeisterin. *

Montag, 13.04.2015, 14.30 Uhr:
„Der Märker und der Berliner“. Literarische Stunde mit der Schriftstellerin Gisela Heller. *

Dienstag, 14.04.2015, 18.00 Uhr:
Der Berliner Historiker Dr. Wladislaw Hedeler stellt die Biographie von Nikolai Bucharin vor und zur Diskussion. Sie ist kürzlich unter dem Titel „Nikolai Bucharin. Stalins tragischer Opponent.“ (Berlin: Matthes & Seitz 2015.) erschienen. **

Dienstag, 14.04.2015, 14.30 Uhr:
„Mit der Unterwasserkamera im Blue Hole im Roten Meer und rund um die kleine Insel Gozo“. Eine Expedition mit Dipl.-Ing. Michael Glitschka. *

Dienstag, 14.04.2015, 18.00 Uhr:
Infoveranstaltung zum Freihandelsabkommen TTIP, Auswirkungen auf den Lebensalltag und politischen Widerstand (OV Westliche OT, Die LINKE) im Bürgertreff Eiche, Kaiser-Friedrich-Straße 106

Sonabend, 18.04.2015:
„Aktionstag TTIP“ auf dem Keplerplatz, Am Stern

Montag, 20.04.2015, 14.30 Uhr:
„Faszination Erde (1) - Vom Nordpol zum Südpol“ *

Dienstag, 21.04.2015, 14.30 Uhr:
Eine botanische Reise nach Kanada mit dem Potsdamer Botaniker, Prof. Dr. Klaus Klopfer. *

Donnerstag, 23.04.2015, 17.45 Uhr:
Podiumsdiskussion - Garnisonkirche Potsdam: zwischen Mythenbildung und wissenschaftlicher Forschung **

Montag, 27.04.2015, 14.30 Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik (Teil IX) - George Gershwin - er komponierte Amerika“ *

Dienstag, 28.04.2015, 14.30 Uhr:
„Der Bodensee - das Blaue Wunder“ - Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53